

# Extremwahl

*Kai Arzheimer*

## 1. Einleitung, Fragestellung, theoretischer Rahmen

Die Parteien am linken und am rechten Rand des politischen Spektrums werden in der Bundesrepublik von Seiten der Medien, der Öffentlichkeit, der Politik und nicht zuletzt der Sicherheitsorgane überaus kritisch beobachtet. Aufgrund der historischen Belastungen durch den Nationalsozialismus und die SED-Diktatur stehen sie stets unter dem Generalverdacht des politischen Extremismus. Als extremistisch werden nach einer weithin akzeptierten Definition von Backes und Jesse (1996: 45) solche Ideologien und Organisationen verstanden, die den „demokratischen Verfassungsstaates und seine fundamentalen Spielregeln und Werte“ ablehnen. Zweifelsohne muss eine ganze Reihe der zahllosen linken und rechten Splitterparteien,<sup>1</sup> die in Deutschland existieren, in diesem Sinne als extremistisch gelten. Da sich diese Gruppen aber – wenn überhaupt – dann nur unregelmäßig und mit minimaler Resonanz an Wahlen beteiligen, können sie hier außer Betracht bleiben.

In der weitaus kleineren Gruppe von Flügelparteien, die wahlpolitisch von Bedeutung sind, gibt es zwei, nämlich die „Deutsche Volksunion“ (DVU) und die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD), die relativ eindeutig als extremistisch eingeordnet werden können. Zwar bemühen sich beide Parteien aus juristischen Gründen um eine demokratische Fassade und vermeiden insbesondere in ihren Programmen jedwede offen antidemokratische Aussage. Äußerungen der jeweiligen Spitzenpolitiker, Positionspapiere der Parteien und die Artikel in der Parteipresse lassen jedoch keinen Zweifel daran, dass beide Parteien die bestehende liberaldemokratische Ordnung abschaffen wollen.

Bitte beachten Sie: dies ist ein Preprint (Manuskript). Der endgültige Text erscheint in Hans Rattinger, Oscar W. Gabriel und Jürgen W. Falter (Hrsg.): Der gesamtdeutsche Wähler. Stabilität und Wandel des Wählerverhaltens im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden: Nomos, 2007: 67-86

[↗ Kai Arzheimer's list of publications](#)

[↗ Kai Arzheimer's homepage](#)

Schwieriger gestaltet sich die Einordnung der „Republikaner“ (REP). Diese wurden als Abspaltung von der CSU gegründet, bemühten sich aber unter ihrem früheren Vorsitzenden Schönhuber

zumindest phasenweise um eine Kooperation mit den anderen Parteien der extremen

<sup>1</sup> Aktuell haben mehr als 100 Parteien und politische Vereinigungen beim Bundeswahlleiter Unterlagen hinterlegt. Hinzu kommen weitere politische Gruppierungen, die entweder nur auf Europa-, Landes- oder Kommunalebene kandidieren oder aber gar nicht an Wahlen teilnehmen.

Rechten. Der innerparteiliche Streit um diese Strategie führte jedoch 1994 zur erzwungenen Ablösung Schönhubers durch den derzeitigen Parteivorsitzenden Schlierer, der sich seitdem darum bemüht, die Republikaner als bürgerlich-demokratische Rechtspartei zu positionieren, ohne dass es ihm bislang gelungen wäre, die Befürworter einer Zusammenarbeit mit DVU und NPD innerhalb seiner Partei vollständig zu isolieren.

Noch weitaus kontroverser wird über das Demokratieverständnis der einzigen elektoral relevanten Partei am linken Rand des politischen Spektrums diskutiert. Während die „Partei des Demokratischen Sozialismus“ (PDS)<sup>2</sup> sich selbst als demokratische Kraft versteht und sich in der Präambel zu ihrem Parteistatut u.a. auf die Revolution vom Herbst 1989 und den „Widerstand gegen totalitäre Diktatur jeglicher Art“ beruft, wurde der Partei von ihren Kritikern vorgeworfen, dass sie in ihren Reihen offen antidemokratische Gruppierungen wie die „Kommunistische Plattform“ oder das „Marxistische Forum“ dulde (Moreau 1998). Zudem sei die programmatische Wandlung der PDS von der Staats- zur postsozialistischen Partei an der Mehrheit der Parteimitglieder ohne tiefere Spuren vorübergegangen (für eine differenzierte Analyse vgl. Lang 2003).

Selbst dann, wenn alle vier Flügelparteien aber als eindeutig extremistisch eingestuft werden könnten, wäre damit noch nichts über die Motivation ihrer Wähler gesagt. Denn zum einen ist es durchaus möglich, dass eine Partei zwar in ihrem Kern extremistisch ist, von ihren Wählern und Anhängern aber gar nicht als solche wahrgenommen wird. Im politischen Kontext der Bundesrepublik, wo das Misstrauen gegenüber den politischen Rändern groß ist und die Stigmatisierung eines Politikers oder einer Partei als extremistisch einem politischen Todesurteil gleichkommt, ist diese Konstellation allerdings nicht sehr wahrscheinlich. Zum anderen ist nicht auszuschließen, dass eine Partei von einem Teil ihrer Wähler nicht wegen, sondern *trotz* ihrer extremistischen Ziele gewählt wird. Diese Möglichkeit wurde zu Beginn der 1990er Jahre unter dem Schlagwort der „Protestwahlhypothese“ vor allem mit Blick auf die damaligen Wahlerfolge der Republikaner diskutiert. Auch das Wahlverhalten zugunsten der PDS wurde aber häufig als Protestwahl verstanden (vgl. z.B. Falter/Klein 1994, 1995).

Hinter dem Begriff der „(reinen) Protestwahl“ verbirgt sich die Vorstellung, dass die Wahlentscheidung zugunsten einer Flügelpartei nicht deshalb zustande kommt, weil diese Partei als besonders attraktiv empfunden würde. Vielmehr gehe es den Wählern primär darum, ihrer Unzufriedenheit mit den eigentlich präferierten Parteien Ausdruck zu verleihen, d.h. „Protest“ auszudrücken. In der Diskussion blieb allerdings häufig unklar, was genau unter Protest verstanden werden sollte. Die Mehrheit der Autoren, die sich an der damaligen Diskussion beteiligt haben, betonte den affektiven Charakter des Protests. Besonders deutlich zeigt sich dies bei Schumann (1998), der die Wahl der Republikaner im Sinne der klassischen „Frustrations-Aggressions-Hypothese“ als aggressiven, gegen die etablierten Parteien gerichteten Akt interpretiert, in dem sich die aufgestaute Unzufriedenheit entlädt. Die von den Republikanern vertretenen politischen Inhalte, d.h. ihre extreme

---

<sup>2</sup> Mit Blick auf den geplanten Zusammenschluss hat sich die Partei im Juli 2005 in „Die Linkspartei“ umbenannt. Viele Landesverbände benutzen aber weiterhin den Zusatz „PDS“, der der Einfachheit halber auch in diesem Beitrag als Kürzel für die Partei verwendet wird.

Ausländerfeindlichkeit seien für solche Protestwähler letztlich unerheblich. Gerade wegen der politischen Stigmatisierung der Republikaner sei deren Wahl aber in besonderer Weise geeignet, die etablierten Parteien zu bestrafen und zu erschrecken. Ähnlich, wenn auch nicht ganz so pointiert argumentieren auch die meisten anderen Autoren, die die Wahl der Republikaner oder der PDS als Ausdruck einer weitgehend unreflektierten „Politik- oder Parteienverdrossenheit“ betrachten (Arzheimer 2002).

Ein gänzlich anderer Erklärungsansatz wurde von Franz Urban Pappi vorgeschlagen, der in der Wahl der Republikaner in Anlehnung an die klassischen Überlegungen von Downs (1957) eine Form des „rationalen Protests“ sieht. Zwar geht auch Pappi davon aus, dass die Wähler der Republikaner letztlich nicht daran interessiert waren, diese Partei tatsächlich an die Macht zu bringen. Dennoch sei die Programmatik der Republikaner für die rationalen Protestwähler durchaus von Belang. Diese stimmten nämlich deshalb für die Republikaner, um den etablierten Parteien unmissverständlich klar zu machen, dass sich die Regierungspolitik zu weit vom Idealpunkt der rationalen Protestwähler entfernt habe und eine Kurskorrektur nach rechts erfolgen solle.

Ein dritter Diskussionsstrang schließlich, der diese beiden Ansätze in gewisser Weise verbindet, wurde vor allem von Falter und Klein vertreten (Falter 1994, Klein/Falter 1996; zur Diskussion darüber siehe auch Jagodzinski/Klein 1998, Schumann/Hardt 1998 und Arzheimer/Schoen/Falter 2001). Beide Autoren argumentieren, dass politische Unzufriedenheit und rechte Politikpräferenzen jeweils notwendige, aber nicht hinreichende Voraussetzungen für die Wahl der extremen Rechten seien. Zumindest in den frühen 1990er seien die rechten Flügelparteien in Westdeutschland nur bei solchen Wählern erfolgreich gewesen, die sowohl unzufrieden als auch sehr weit rechts eingestellt seien. Die gleiche Kombination von Faktoren könne mutatis mutandum auch die Wahl der PDS in Ostdeutschland erklären.

Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, an diese theoretisch-empirische Diskussion der 1990er Jahre anzuknüpfen und empirisch zu prüfen, welche Faktoren die Wahl der Rechtsparteien DVU, NPD und Republikaner einerseits und der PDS andererseits bei den Bundestagswahlen 1994, 1998 und 2002 beeinflusst haben.<sup>3</sup> Neben spezifischen und generalisierten politischen Einstellungen wird dabei auch die Rolle soziodemographischer Variablen untersucht, da sich in der Vergangenheit gezeigt hat, dass sowohl die Parteien der extremen Rechten als auch die PDS eine klar definierte sozialstrukturelle Basis aufweisen (Arzheimer 2005): DVU, NPD und Republikaner stützen sich tendenziell eher auf jüngere, männliche und relativ schlecht qualifizierte Wähler (für einen Überblick über die möglichen Erklärungen dafür siehe Arzheimer/Carter 2006: 421-422), während sich die Kernwählerschaft der PDS aus den häufig akademisch gebildeten mittleren Eliten der früheren DDR rekrutiert (Falter/Klein 1994, 1995).

Dabei wird eine Perspektive des dreifachen Vergleiches eingenommen: Zum einen stellt sich wie in allen Beiträgen dieses Bandes die Frage, wie sich das Wahlverhalten von West- und Ostdeutschen zu Beginn des Untersuchungszeitraums

<sup>3</sup> Die Bundestagswahl 2005 kann aufgrund der Datenlage nur sehr eingeschränkt berücksichtigt werden.

unterscheidet. Zweitens ist zu klären, ob diese Unterschiede über die Zeit verschwinden oder größer werden. Drittens schließlich ist zu untersuchen, ob – wie es die Extremismustheorie nahe legt – zwischen den Wählern von Parteien am linken und am rechten Rand tatsächlich Gemeinsamkeiten bestehen (vgl. dazu auch Arzheimer/Klein 1997 und ergänzend Arzheimer 2006).

## 2. Daten und Methoden

Empirisch sind diese drei Fragen allerdings nur sehr schwer voneinander zu trennen, da sich in Stichproben des üblichen Umfangs nach wie vor fast keine westdeutschen PDS- und kaum ostdeutsche Rechtswähler finden. Zudem ist seit Beginn der 1990er Jahre parallel zum Niedergang der Republikaner auch die Zahl der westdeutschen Befragten, die angeben, für eine der drei relevanten Rechtsparteien stimmen zu wollen, stark zurückgegangen. Aussagen über die westdeutschen PDS-Wähler sowie über die Rechtswähler in beiden Regionen sind deshalb mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten, da sie sich, wie aus Tabelle 1 ersichtlich, letztlich auf sehr kleine Fallzahlen stützen müssen, obwohl hier bereits Vor- und Nachwahlbefragung sowie die Wahlentscheidungen zugunsten von DVU, NPD, und Republikaner zusammengefasst wurden.

Tabelle 1: Anzahl der Rechts- und PDS-Wähler in den Stichproben

	Westdeutschland				Ostdeutschland			
	1994	1998	2002	2005	1994	1998	2002	2005
Extreme Rechte <sup>a</sup>	30	33	12	21	11	32	8	18
PDS	16	24	27	64	291	164	126	177

a: DVU, NPD, Republikaner.

Diese niedrigen Fallzahlen sind vor allem insofern problematisch, als die abhängige Variable in einigen Gruppen (z.B. ältere Frauen mit höherer Schulbildung) nicht variiert, da dort keine einzige Befragte angibt, eine der drei rechten Parteien wählen zu wollen bzw. gewählt zu haben – es kommt zu einer vollständigen oder fast vollständigen Trennung (separation) der Datenpunkte. Im Ergebnis führt dies dazu, daß die Log-Likelihood-Funktion, auf der die hier präsentierten logistischen Modelle der Wahlentscheidung letztlich basieren, für einen Teil der Daten nicht definiert ist und deshalb für die betreffende Kombination von Region und Wahljahr kein Modell geschätzt werden kann.

Alle Analysen stützen sich für die Wahlen 1994-2002 auf die Querschnittsdaten aus dem DFG-Projekt „Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland“, das unter der Leitung von Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger stand. Die Daten wurden in mündlichpersönlichen Interviews einige Wochen vor und nach der jeweiligen Wahl erhoben (ZA-Nr. 3064, 3861). Für die Wahl 2005 werden die Daten aus dem DFG-Projekt „Bürger und Parteien in einer veränderten Welt“ unter Leitung von Steffen Kühnel, Oskar Niedermayer und Bettina Westle (ZA-Nr. 4332) herangezogen. Sie stammen ebenfalls aus einer mündlichen Befragung, wurden jedoch nur *nach* der Bundestagswahl 2005 erhoben. In den meisten Analysen wird die Wahlentscheidung dichotomisiert, d.h. die Wähler der Rechtsparteien bzw. der PDS werden mit allen übrigen Befragten kontrastiert. Im letzten Modell wird alternativ dazu eine trichotome Variante mit den Ausprägungen Rechtswahl/PDS-Wahl/sonstige Wahlentscheidungen verwendet, um die Unterschiede zwischen der Wahlentscheidungen zugunsten von linken und rechten Flügelparteien klarer herauszuarbeiten. Alle

Regressionen wurden auf Grundlage der von den Primärforschern bereitgestellten Gewichtungswerten gerechnet.

Zur Messung politischer Einstellungen werden einerseits zwei Einzel-Items verwendet. Die Frage nach der auf einer Skala von „sehr zufrieden“ (1) bis „sehr unzufrieden“ (5) gemessenen Zufriedenheit „mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht“ zielt auf eine generalisierte Bewertung der Performanz des politischen Systems und erfasst damit einen zentralen Bestandteil des Phänomens, das in der deutschen Diskussion häufig als „Politikverdrossenheit“ bezeichnet wird (Arzheimer 2002). Das Item „Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.“, das ebenfalls im Zusammenhang mit einer fünfstufigen Rating-Skala abgefragt wurde, soll hingegen die Unterstützung für die grundlegenden demokratischen Normen und Werte, d.h. für die Demokratie als Staatsidee messen. In der Terminologie von Easton entspricht dies der Ebene des Regimes.

Ergänzt werden diese Variablen durch vier Indizes, die jeweils aus zwei Items gebildet wurden: Die Statements „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen daher nicht so recht zu uns.“ und „Auch heute noch ist der Einfluss von Juden zu groß.“ sollen den klassischen Antisemitismus erfassen. Die Aussagen „Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“ und „Ohne die Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.“ zielen auf eine positive Bewertung des Nationalsozialismus und die Relativierung der damals begangenen Verbrechen. Die Items „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.“ und „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“ messen Ausländerfeindlichkeit als vielleicht wichtigste Komponente des modernen Rechtsextremismus. Positive Einstellungen gegenüber dem früheren politischen System der DDR und dem Sozialismus als Staatsidee schließlich werden mit Hilfe der Items „Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde.“ und „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.“ gemessen. Mit 0,6; 0,54; 0,55 und 0,56 sind die Korrelationen zwischen diesen Itempaaren nicht extrem hoch, aber akzeptabel. Für den Index wurde jeweils das ungewichtete arithmetische Mittel beider Items gebildet.<sup>4</sup> Da auch diese acht Items von den Befragten auf fünfstufigen Rating-Skalen bewertet wurden, sind die Koeffizienten so direkt miteinander vergleichbar.

Von den soziodemographischen Variablen wurden außerdem das Geschlecht (männlich=1, weiblich=0), die formale Bildung (0=niedrig, 1=mittel, 2=hoch), die subjektive Schichtzuordnung (1=Arbeiter, 0=andere Antworten) und das Lebensalter (18-29 Jahre, 30-45 Jahre, älter als 45 Jahre) in die Modelle mit einbezogen. Dabei stellen die mehr als 45 Jahre alten Befragten die Referenzgruppe dar; die drei übrigen Kategorien werden durch jeweils eine Dummy-Variable repräsentiert.

<sup>4</sup> Wenn die Beantwortung eines Items verweigert wurde, wurde die Antwort auf das andere Item (sofern vorhanden) als Indexwert verwendet.

### 3. Empirische Ergebnisse

In der deutschen wie auch in der internationalen Literatur wurde häufig darauf hingewiesen, dass die Parteien der extremen Rechten nicht nur was die Funktionäre, sondern auch was die Wähler angeht, „Männerparteien“ sind. Zudem ist bekannt, dass diese Parteien in weit überdurchschnittlichem Umfang von relativ jungen Wählern mit einer eher niedrigen formalen Bildung und schlechten beruflichen Perspektiven unterstützt werden. Für die besondere Affinität dieser Wählergruppe zur extremen Rechten gibt es eine Vielzahl von plausiblen Gründen, von denen hier nur die wichtigsten genannt werden sollen:

Zum Ersten sind die Mitglieder dieser Gruppen in besonderem Maße durch die Zuwanderung nach Westeuropa bedroht, da ein großer Teil der Immigranten ebenfalls jung, männlich und schlecht qualifiziert ist und mit den Wählern der extremen Rechten um Arbeitsplätze und Sozialleistungen konkurriert. Ein Votum für DVU, NPD oder Republikaner ist aus Sicht dieser Gruppe deshalb zunächst eine durchaus rationale Entscheidung.

Zum Zweiten unterstellt eine Forschungstradition, die bis in die 1940er Jahre zurückreicht, den Angehörigen dieser Schicht, dass sie (1) komplexe politische Sachverhalte nur unzureichend verarbeiten können, (2) das Bedürfnis haben, sich in klare Strukturen einzufügen sowie (3) danach trachten, einen Sündenbock für ihre im großen und ganzen schlechte sozio-ökonomische Lage zu finden bzw. sich von einer Gruppe abzugrenzen, deren gesellschaftliches Ansehen noch geringer ist. Demnach wäre die Wahl der entsprechenden Parteien vor allem durch emotional gesteuerte Prozesse zu erklären.

Zum Dritten schließlich wird darauf hingewiesen, dass die Wahl von DVU, NPD oder Republikaner nach wie vor stigmatisiert ist. Junge Männer aus bildungsfernen Schichten tendieren aus dieser Perspektive häufiger als andere Bürger zur Wahl dieser Parteien, weil sie sozial weniger stark integriert seien. Frauen im Allgemeinen und ältere Menschen sowie Personen mit höherer Bildung im Besonderen neigten hingegen eher zum politischen Konformismus. Diese und eine Reihe verwandter Erklärungsansätze sind durchaus kompatibel miteinander und empirisch kaum voneinander zu trennen, da auf der Ebene der sozialstrukturellen Variablen stets die gleichen Zusammenhänge zu erwarten sind und Daten über die vorgelegerten Prozesse in aller Regel nicht zur Verfügung stehen.

Tabelle 2 zeigt, dass die Wahl der Parteien der extremen Rechten zwischen 1994 und 2005 den oben skizzierten Mustern folgt: Zu allen Zeitpunkten neigen Männer stärker als Frauen dazu, für die drei fraglichen Parteien zu stimmen. Im Westen sind die entsprechenden Koeffizienten in allen Wahljahren außer 2002 signifikant von null verschieden. Im Osten Deutschlands hingegen scheint sich der Gender-Effekt über die Zeit hinweg abzuschwächen und ist nur 1998 im statistischen Sinne signifikant. Bei der Beurteilung dieser Ergebnisse ist allerdings stets zu bedenken, dass die Zahl der bekennenden ostdeutschen Rechtswähler im Datensatz verschwindend gering ist.

Tabelle 2: Sozialstrukturelle Variablen und die Wahl der extremen Rechten 1994-2005

	1994		1998	
	West	Ost	West	Ost
Männlich	1,99 <sup>b</sup>	1,62	0,85 <sup>a</sup>	1,16 <sup>a</sup>
Schulabschluss	-0,59	-1,06	-0,37	-1,60 <sup>c</sup>
18-29 Jahre	0,87	1,12	0,47	2,70 <sup>c</sup>
30-45 Jahre	0,10	1,05	0,83 <sup>a</sup>	1,74 <sup>c</sup>
Arbeiter (subjektiv)	0,40	-0,27	0,26	0,72
Konstante	-5,58 <sup>c</sup>	-5,90 <sup>c</sup>	-4,67 <sup>c</sup>	-4,68 <sup>c</sup>
N	1561	1573	1750	812
McFadden's R <sup>2</sup>	0,09	0,07	0,04	0,19
	2002		2005	
	West	Ost	West	Ost
Männlich	1,52	0,06	1,61 <sup>c</sup>	0,31
Schulabschluss	-2,53 <sup>a</sup>	-1,85 <sup>a</sup>	-0,37	-0,67
18-29 Jahre	1,86 <sup>a</sup>	0,99	0,93	2,75 <sup>b</sup>
30-45 Jahre	0,63	1,66 <sup>a</sup>	1,48 <sup>c</sup>	-0,07
Arbeiter (subjektiv)	-0,48	0,53	0,19	1,43
Konstante	-5,50 <sup>c</sup>	-4,70 <sup>c</sup>	-5,65 <sup>c</sup>	-5,58 <sup>c</sup>
N	1678	777	1815	448
McFadden's R <sup>2</sup>	0,17	0,11	0,10	0,20

Eingetragen sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten. Signifikanzen: a:  $p < 0,05$ ; b:  $p < 0,01$ ; c:  $p < 0,001$ .

Auch im Falle der formalen Bildung entsprechen die Vorzeichen der Koeffizienten den theoretischen Erwartungen: Je höher der Schulabschluss eines Bürgers, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass er für eine Partei der extremen Rechten stimmt. Signifikant von null verschieden ist die Wirkung der formalen Bildung jedoch nur in drei von acht Kontexten, nämlich bei der Bundestagswahl 1998 in Ostdeutschland sowie bei der Bundestagswahl 2002 in beiden Landesteilen.

Das Lebensalter hat häufig, aber keineswegs immer den antizipierten Effekt: Bürger im Alter zwischen 18 und 29 bzw. zwischen 30 und 45 Jahren stimmen bei einer ganzen Reihe von Urnengängen mit höherer Wahrscheinlichkeit für die rechten Parteien als ältere Befragte. Besonders stark sind die entsprechenden Effekte für die jüngsten Wähler bei den Bundestagswahlen 1998 und 2005 in Ostdeutschland, während sich in anderen Fällen (z.B. alte Länder 1994) keine signifikanten Effekte des Lebensalters nachweisen lassen.

Die subjektive Einstufung als Arbeiter schließlich hat in keinem Fall einen signifikanten Einfluss auf das Wahlverhalten zugunsten der extremen Rechten. Dabei ist allerdings zu beachten, dass in allen Kontexten eine substantielle negative Korrelation von ca. -0.40 zwischen der formalen Bildung und der Selbsteinstufung als Arbeiterin oder Arbeiter besteht und der Effekt der Bildung auf das Wahlverhalten hier bereits berücksichtigt ist.

Tabelle 3: Sozialstrukturelle Variablen und die Wahl der PDS 1994-2005

	1994		1998	
	West	Ost	West	Ost
Männlich	0,56	0,27 <sup>a</sup>	-0,66	-0,10
Schulabschluss	0,82	0,84 <sup>c</sup>	1,12 <sup>b</sup>	0,81 <sup>c</sup>
18-29 Jahre	0,61	-0,47 <sup>a</sup>	0,54	-0,44
30-45 Jahre	0,99	-0,50 <sup>b</sup>	0,48	-0,01
Arbeiter (subjektiv)	0,63	0,37 <sup>a</sup>	0,36	0,98 <sup>c</sup>
Konstante	-6,77 <sup>c</sup>	-2,43 <sup>c</sup>	-5,90 <sup>c</sup>	-2,77 <sup>c</sup>
N	1561	1573	1750	812
McFadden's R <sup>2</sup>	0,06	0,05	0,08	0,05
	2002		2005	
	West	Ost	West	Ost
Männlich	0,69	-0,60 <sup>b</sup>	0,64 <sup>a</sup>	0,18
Schulabschluss	0,96 <sup>b</sup>	0,23	0,32	0,29
18-29 Jahre	0,25	-0,24	-0,33	-0,96 <sup>a</sup>
30-45 Jahre	-0,30	-0,59 <sup>a</sup>	0,51	-0,02
Arbeiter (subjektiv)	1,22 <sup>c</sup>	-0,16	0,75 <sup>a</sup>	0,58 <sup>a</sup>
Konstante	-6,11 <sup>c</sup>	-1,55 <sup>c</sup>	-4,30 <sup>c</sup>	-1,82 <sup>c</sup>
N	1678	777	1815	448
McFadden's R <sup>2</sup>	0,07	0,02	0,04	0,02

Eingetragen sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten. Signifikanzen: a:  $p < 0,05$ ; b:  $p < 0,01$ ; c:  $p < 0,001$ .

Wie aus Tabelle 3 ersichtlich ist, stellt sich das sozialstrukturelle Profil der PDS-Wähler gänzlich anders, nämlich fast spiegelbildlich zu den bisherigen Ergebnissen dar: Hier hat das männliche Geschlecht nur zweimal, und zwar in den neuen Ländern 1994 und in den alten Ländern 2005 eine signifikant positive Wirkung auf die Wahlchancen der Partei, der überdies deutlich schwächer ist als die entsprechenden Effekte auf die Rechtswahl. Bei der Bundestagswahl 2002 hingegen zeigt sich in den neuen Ländern ein signifikant *negativer* Effekt, d.h. die PDS wurde häufiger von Frauen als von Männern gewählt. In den übrigen Fällen gibt es keine signifikanten Zusammenhänge zwischen Geschlecht und Wahlverhalten.

Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Schulabschluss: Höhere formale Bildung hat stets einen positiven Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit, dass ein Befragter für die PDS stimmt bzw. auf deren Logit. In vier von acht Fällen ist dieser positive Zusammenhang signifikant von null verschieden. Besonders interessant ist der Effekt des Lebensalters: Im Westen Deutschlands votierten jüngere Menschen insbesondere 1994 und 1998 mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für die PDS als ihre älteren Mitbürger. Dies passt gut zum betont jugendlichen Auftreten der Partei, allerdings sind die entsprechenden Effekte nicht signifikant von null verschieden. In den neuen Ländern zeigen sich hingegen umgekehrte Alterseffekte, die zumindest 1994, 2002 und 2005 auch im statistischen Sinne signifikant sind. Bezeichnend ist schließlich der Effekt der *Selbsteinstufung* in die Arbeiterschicht: Diese hat, obwohl die formale Bildung konstant gehalten wird, in fünf von acht Fällen einen statistisch signifikanten und substantiell bedeutsamen Einfluss auf den Logit der PDS-Wahl.

Tabelle 4: Sozialstrukturelle Variablen, Bindungen an soziale Großgruppen und die Wahl der extremen Rechten 1994-2005

	1994		1998		2002	2005
	West	Ost	West	Ost	West	West
Männlich	1,96 <sup>b</sup>	1,60	0,92 <sup>a</sup>	1,14 <sup>a</sup>	1,21	1,67 <sup>c</sup>
Schulabschluss	-0,77 <sup>a</sup>	-1,07	-0,37	-1,60 <sup>c</sup>	-2,65 <sup>a</sup>	-0,46
18-29 Jahre	0,62	1,05	0,49	2,63 <sup>c</sup>	1,05	0,94
30-45 Jahre	-0,23	0,96	0,84 <sup>a</sup>	1,68 <sup>b</sup>	0,21	1,64 <sup>c</sup>
Arbeiter (subjektiv)	0,15	-0,30	0,28	0,68	-0,68	0,17
Kirchgangshäufigkeit	-0,51 <sup>b</sup>	-0,23	0,01	-0,15	-1,28 <sup>b</sup>	-0,06
Gewerkschaftsmitglied	-1,04	0,11	-0,55	0,06	-0,61	-1,72
Konstante	-4,29 <sup>c</sup>	-5,68 <sup>c</sup>	-4,67 <sup>c</sup>	-4,53 <sup>c</sup>	-3,59 <sup>c</sup>	-5,48 <sup>c</sup>
N	1524	1548	1735	806	1658	1795
McFadden's R <sup>2</sup>	0,15	0,08	0,04	0,19	0,29	0,13

Eingetragen sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten. Signifikanzen: a:  $p < 0,05$ ; b:  $p < 0,01$ ; c:  $p < 0,001$ .

In einem weiteren Analyseschritt wurde dieses einfache sozialstrukturelle Modell um zwei Indikatoren für die Bindungen an soziale Großgruppen ergänzt, nämlich um die Kirchgangshäufigkeit und die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Erstere sollte sowohl die Wahrscheinlichkeit der Rechts- als auch die der PDS-Wahl reduzieren. Bei der Gewerkschaftsmitgliedschaft hingegen ist insbesondere vor dem Hintergrund der Annäherung zwischen der PDS und der aus einem gewerkschaftlichen Umfeld heraus gegründeten WASG ein positiver Effekt auf die Wahlchancen der PDS nicht auszuschließen, während die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl sinken sollte.

Tabelle 4 zeigt zunächst das erweiterte Modell der Rechtswahl.<sup>5</sup> Substantielle und statistisch signifikante Effekte der Kirchgangshäufigkeit sind hier erstaunlicherweise nur in zwei von sechs Fällen, nämlich in den alten Ländern 1994 und 2002 zu verzeichnen. Für die Gewerkschaftsmitgliedschaft sind die geschätzten Effekte trotz ihrer teils hohen Beträge sogar in keinem einzigen Fall signifikant von null verschieden. Damit lassen sich die Ergebnisse von Falter (1994), der Anfang der 1990er Jahre die Wähler von Republikanern und DVU untersuchte und eine immunisierende Wirkung derartiger Bindungen nachweisen konnte, nicht replizieren. Eine mögliche Erklärung für diesen unerwarteten Befund könnte in der insgesamt sehr kleinen Zahl von Rechtswählern liegen. Tatsächlich ist der Effekt des Kirchgangs in beiden Regionen klar negativ und statistisch signifikant, wenn man die jeweils vier Befragungswellen zusammenfasst (nicht tabellarisch ausgewiesen). Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft hat hingegen auch in dieser Perspektive nur in den alten Ländern einen signifikant negativen Effekt.

<sup>5</sup> Wegen der oben angesprochenen Datenprobleme war es in den Wahljahren 2002 und 2005 nicht möglich, ein Modell für die neuen Länder zu schätzen.

Tabelle 5: Sozialstrukturelle Variablen, Bindungen an soziale Großgruppen und die Wahl der PDS 1994-2005

	1994		1998		2002		2005	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Männlich	0,39	0,18	-0,85	-0,19	0,51	-0,68 <sup>b</sup>	0,26	0,14
Schulabschluss	0,83	0,80 <sup>c</sup>	1,17 <sup>b</sup>	0,80 <sup>c</sup>	0,91 <sup>b</sup>	0,14	0,28	0,29
18-29 Jahre	0,35	-0,51 <sup>a</sup>	0,55	-0,59	0,18	-0,27	-0,24	-1,03 <sup>a</sup>
30-45 Jahre	0,74	-0,59 <sup>c</sup>	0,53	-0,19	-0,48	-0,80 <sup>b</sup>	0,57 <sup>a</sup>	-0,08
Arbeiter (subjektiv)	0,65	0,31 <sup>a</sup>	0,14	0,90 <sup>c</sup>	0,95 <sup>a</sup>	-0,36	0,77 <sup>a</sup>	0,54 <sup>a</sup>
Kirchgangshäufigkeit	-0,39	-0,49 <sup>c</sup>	-0,24	-0,64 <sup>c</sup>	-0,63 <sup>c</sup>	-0,42 <sup>c</sup>	-0,15	-0,33 <sup>b</sup>
Gewerkschaftsmitglied	0,55	0,33	-0,12	0,72 <sup>b</sup>	0,72	0,69 <sup>a</sup>	1,46 <sup>c</sup>	-0,14
Konstante	-6,06 <sup>c</sup>	-2,10 <sup>c</sup>	-5,51 <sup>c</sup>	-2,43 <sup>c</sup>	-5,07 <sup>c</sup>	-1,12 <sup>c</sup>	-4,18 <sup>c</sup>	-1,59 <sup>c</sup>
N	1524	1548	1735	806	1658	764	1795	447
McFadden's R <sup>2</sup>	0,09	0,09	0,11	0,11	0,15	0,07	0,09	0,04

Eingetragen sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten. Signifikanzen: a:  $p < 0,05$ ; b:  $p < 0,01$ ; c:  $p < 0,001$ .

Bei der Wahl der PDS (Tabelle 5) entsprechen die Wirkungen beider Variablen hingegen eher den Erwartungen. Mit steigender Bindung an die Kirchen sinkt die Wahrscheinlichkeit der PDS-Wahl in allen Kontexten; in fünf von acht Fällen ist der Koeffizient signifikant von null verschieden. Die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft hat in den neuen Ländern 1998 und 2002 einen signifikant positiven Effekt auf die Wahrscheinlichkeit der PDS-Wahl bzw. deren Logit, der allerdings 2005 wieder verschwindet. In den alten Ländern ist dieser positive Effekt nur 2005 nachzuweisen, wo er allerdings sehr stark ausfällt.

Tabelle 6: Sozialstrukturelle Variablen, Bindungen an soziale Großgruppen, Antisemitismus, Bewertung des Nationalsozialismus, Ausländerfeindlichkeit, politische Unzufriedenheit und die Wahl der extremen Rechten 1994-2002

	1994		1998		2002
	West	Ost	West	Ost	West
Männlich	1,36 <sup>a</sup>	1,66	0,92 <sup>a</sup>	1,26 <sup>a</sup>	1,31
Schulabschluss	-0,07	-0,62	0,00	-0,47	-0,71
18-29 Jahre	0,85	0,50	0,90	2,38 <sup>c</sup>	1,09
30-45 Jahre	0,36	0,65	1,18 <sup>b</sup>	0,39	0,40
Arbeiter (subjektiv)	0,06	-0,59	0,04	1,31 <sup>a</sup>	1,35
Kirchgangshäufigkeit	-0,47 <sup>a</sup>	-0,18	0,11	-0,15	-1,43 <sup>a</sup>
Gewerkschaftsmitglied	-1,76 <sup>a</sup>	0,24	-0,36	-0,06	0,49
Antisemitismus	0,11	0,50	0,03	0,60 <sup>a</sup>	-0,43
Pro-NS	1,06 <sup>c</sup>	0,37	0,43 <sup>b</sup>	0,43	1,32 <sup>b</sup>
Ausländerfeindlichkeit	0,64 <sup>a</sup>	0,29	0,57 <sup>b</sup>	0,96 <sup>b</sup>	0,48
Unzuf.: Demokratie	0,26	1,13 <sup>b</sup>	0,59 <sup>b</sup>	0,74 <sup>b</sup>	1,36 <sup>b</sup>
Konstante	-10,55 <sup>c</sup>	-12,21 <sup>c</sup>	-9,78 <sup>c</sup>	-13,88 <sup>c</sup>	-14,52 <sup>c</sup>
N	1191	1377	1637	721	1544
McFadden's R <sup>2</sup>	0,42	0,22	0,19	0,43	0,60

Eingetragen sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten. Signifikanzen: a:  $p < 0,05$ ; b:  $p < 0,01$ ; c:  $p < 0,001$ .

Um der Frage nachzugehen, welche Rolle politische Einstellungen für die Wahl der extremen Rechten spielen, wurde das Modell aus Tabelle 4 anschließend um drei

Indikatoren für ein rechtsextremes Weltbild (Antisemitismus, Befürwortung des Nationalsozialismus, Ausländerfeindlichkeit) sowie um ein Standardinstrument zur Messung politischer Unzufriedenheit („Politikverdrossenheit“) erweitert. Bedauerlicherweise müssen dabei die Daten zur Bundestagswahl 2005 aus der Analyse ausgeschlossen werden, weil die entsprechenden Items zu diesem Zeitpunkt nicht mehr im Frageprogramm enthalten waren. Tabelle 6 zeigt die Ergebnisse. Aus ihr geht hervor, dass mit Ausnahme der Bundestagswahl 1994 in Ostdeutschland rechtsextreme Einstellungen stets eine substantielle und im statistischen Sinne signifikante Wirkung auf die Wahlabsicht zugunsten der Rechtsparteien hatten: In vier der fünf Kontexte hat mindestens einer der drei Indikatoren einen Effekt, der sich signifikant von null unterscheidet, wobei zwischen den drei Indikatoren jeweils nicht unbedeutende Korrelationen im Bereich von  $r=0,4$  bis  $r=0,6$  bestehen. Die These von der unideologischen Protestwahl ist damit einmal mehr widerlegt.

Zugleich lässt sich aus Tabelle 6 aber ablesen, dass auch dann, wenn diese Einstellungen statistisch kontrolliert werden, eine generelle Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (fast) immer einen signifikanten und inhaltlich bedeutsamen Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl hat. Was bedeutet dieses Ergebnis für das in den 1990er Jahren äußerst kontrovers diskutierte Problem des Zusammenwirkens von ideologischen und allgemeinen Protestmotiven bei der Wahl der extremen Rechten? Wegen der nicht-linearen Struktur des Modells lässt sich diese Frage am einfachsten beantworten, indem man die Werte für politisch interessante Konstellationen der unabhängigen Variablen in die Logit-Gleichung einsetzt und anschließend die Logit-Transformation umkehrt, um auf diese Weise direkt die erwartete Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl in der betreffenden Personengruppe zu bestimmen. Auf diese Weise errechnet sich beispielsweise für eine mehr als 45 Jahre alte Frau mit niedriger Bildung, die niemals zur Kirche geht, keiner Gewerkschaft angehört, sich selbst nicht der Arbeiterschicht zurechnet und auf den vier Einstellungsskalen jeweils die Mittelposition einnimmt, für die Bundestagswahl 1998 eine Wahrscheinlichkeit von 0,7 Prozent, für DVU, NPD oder Republikaner zu stimmen. Für eine Person mit ansonsten gleichen Eigenschaften, die aber politisch extrem unzufrieden ist, verdreifacht sich diese Wahrscheinlichkeit, ist aber mit 2,4 Prozent immer noch sehr niedrig. Bei einer Bürgerin, die sich wiederum auf einem mittleren Niveau der Unzufriedenheit bewegt, aber auf den drei Indikatoren für Rechtsextremismus jeweils den höchsten Wert erreicht, beträgt die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl allerdings schon 5,5 Prozent. Steigt nun bei ansonsten gleichen Bedingungen die politische Unzufriedenheit auf ihren maximalen Wert an, so verdreifacht sich die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl nochmals und erreicht nun mit einem Wert von mehr als 16 Prozent den Bereich der politischen Relevanz. Für die anderen Zeitpunkte errechnen sich sehr ähnliche Werte: Beispielsweise liegt die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl für eine Frau mit den obengenannten Eigenschaften in den alten Länder 2002 bei jeweils knapp drei Prozent, wenn die betreffende Person entweder sehr unzufrieden oder sehr rechtsextrem eingestellt ist. Treffen hingegen beide Eigenschaften zusammen, steigt die erwartete Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl auf knapp 30 Prozent an. Diese Ergebnisse sind zumindest ein starker Hinweis auf die Gültigkeit der von Falter und Klein vertretenen These, daß nur das gemeinsame Vorliegen von politischer Unzu-

friedenheit und rechten Einstellungen die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl nennenswert erhöht.

Tabelle 7: Sozialstrukturelle Variablen, Bindungen an soziale Großgruppen, Antisemitismus, Bewertung des Nationalsozialismus, Ausländerfeindlichkeit, politische Unzufriedenheit und die Wahl der PDS 1994-2002

	1994		1998		2002	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Männlich	0,01	0,25	-0,92	-0,36	0,59	-0,71 <sup>b</sup>
Schulabschluss	1,76 <sup>a</sup>	0,53 <sup>c</sup>	0,99 <sup>a</sup>	0,80 <sup>c</sup>	0,95 <sup>b</sup>	0,14
18-29 Jahre	-1,38	-0,48 <sup>a</sup>	0,51	-0,49	-0,03	-0,25
30-45 Jahre	0,32	-0,61 <sup>c</sup>	0,45	-0,14	-0,56	-0,98 <sup>b</sup>
Arbeiter (subjektiv)	1,68	0,17	0,21	0,86 <sup>c</sup>	1,13 <sup>a</sup>	-0,42
Kirchgangshäufigkeit	-0,48	-0,33 <sup>c</sup>	-0,17	-0,61 <sup>c</sup>	-0,53 <sup>b</sup>	-0,38 <sup>b</sup>
Gewerkschaftsmitglied	0,95	0,19	-0,21	0,63 <sup>a</sup>	0,85	0,61 <sup>a</sup>
Antisemitismus	0,26	-0,11	0,20	-0,11	-0,01	-0,00
Pro-NS	0,16	-0,13	-0,40	-0,10	0,11	0,02
Ausländerfeindlichkeit	-0,40	-0,43 <sup>c</sup>	-0,42	-0,01	-0,53	-0,07
Unzuf.: Demokratie	0,56	0,95 <sup>c</sup>	0,54 <sup>a</sup>	0,56 <sup>c</sup>	1,00 <sup>c</sup>	0,37 <sup>b</sup>
Konstante	-8,64 <sup>c</sup>	-3,36 <sup>c</sup>	-5,53 <sup>c</sup>	-3,57 <sup>c</sup>	-7,18 <sup>c</sup>	-2,02 <sup>b</sup>
N	1191	1377	1637	721	1544	680
McFadden's R <sup>2</sup>	0,21	0,21	0,15	0,16	0,23	0,09

Eingetragen sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten. Signifikanzen: a:  $p < 0,05$ ; b:  $p < 0,01$ ; c:  $p < 0,001$ .

In der politischen Diskussion wird häufig behauptet, die im Mittel angeblich höhere Ausländerfeindlichkeit in den neuen Ländern sei eine Spätfolge der SED-Diktatur, die die eigenen Bevölkerung soweit wie möglich von äußeren Einflüssen isoliert und den Menschen zugleich einen gekünstelten Internationalismus verordnet habe. Zugleich wird den linken Parteien generell immer wieder unterstellt, dass ihre Solidarität mit den arabischen Staaten allzu oft in einen latenten Antisemitismus einmünde. Last not least wurde der PDS bzw. der noch zu gründenden vereinten Linkspartei im Umfeld von Oskar Lafontaines Äußerungen über „Fremdarbeiter“ vorgeworfen, sie wolle bewusst die bisherige Klientel der extremen Rechten für sich gewinnen. Vor diesem Hintergrund lohnt es sich, die gewohnte Analyseperspektive zu wechseln und zu prüfen, ob Antisemitismus, die Bewertung des Nationalsozialismus und Ausländerfeindlichkeit möglicherweise auch die Wahlabsicht zugunsten der PDS positiv beeinflussen. Deshalb wurde das Modell aus Tabelle 6 noch einmal mit der PDS-Wahl als abhängiger Variable geschätzt, wobei sich die Betrachtung naturgemäß wieder auf den Zeitraum von 1994-2002 beschränken muss.

Aus Tabelle 7 geht jedoch hervor, dass die genannten Faktoren entweder gar keinen signifikanten Einfluss (Antisemitismus, Befürwortung des Nationalsozialismus) oder einen signifikant negativen Einfluss (Ausländerfeindlichkeit in den neuen Ländern 1994) auf die Wahl der PDS haben. Eine weitere Diskussion erübrigt sich damit.

Tabelle 8: Sozialstrukturelle Variablen, Bindungen an soziale Großgruppen, Bewertung der DDR und des Sozialismus, politische Unzufriedenheit und die Wahl der PDS 1994-2005

	1994		1998		2002	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Männlich	0,36	0,30 <sup>a</sup>	-0,80	-0,07	0,41	-0,71 <sup>b</sup>
Schulabschluss	1,87 <sup>a</sup>	0,76 <sup>c</sup>	1,27 <sup>b</sup>	0,89 <sup>c</sup>	1,29 <sup>c</sup>	0,12
18-29 Jahre	-0,84	-0,27	0,32	-0,39	-0,23	-0,33
30-45 Jahre	0,31	-0,54 <sup>b</sup>	0,32	-0,17	-0,91	-0,75 <sup>a</sup>
Arbeiter (subjektiv)	1,30	0,05	-0,19	0,62 <sup>b</sup>	1,09 <sup>a</sup>	-0,66 <sup>a</sup>
Kirchgangshäufigkeit	-0,32	-0,33 <sup>c</sup>	-0,19	-0,57 <sup>c</sup>	-0,53 <sup>b</sup>	-0,34 <sup>b</sup>
Gewerkschaftsmitglied	1,03	0,24	-0,30	0,75 <sup>b</sup>	0,71	0,89 <sup>b</sup>
Pro-DDR	1,15 <sup>a</sup>	0,72 <sup>c</sup>	0,98 <sup>c</sup>	0,87 <sup>c</sup>	1,25 <sup>c</sup>	0,92 <sup>c</sup>
Unzuf.: Demokratie	0,43	0,74 <sup>c</sup>	0,27	0,21	0,81 <sup>b</sup>	0,29 <sup>a</sup>
Konstante	-12,25 <sup>c</sup>	-7,11 <sup>c</sup>	-8,76 <sup>c</sup>	-6,25 <sup>c</sup>	-11,20 <sup>c</sup>	-5,22 <sup>c</sup>
N	1235	1524	1689	795	1587	740
McFadden's R <sup>2</sup>	0,28	0,22	0,21	0,20	0,34	0,16

Eingetragen sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten. Signifikanzen: a:  $p < 0,05$ ; b:  $p < 0,01$ ; c:  $p < 0,001$ .

Alternativ wurde deshalb ein weiteres Modell geschätzt, das im Anschluss an die bisherigen Ergebnisse der Forschung die Wahl der PDS auf die bereits bekannten sozialstrukturellen Faktoren, die Bewertung der früheren DDR sowie die allgemeine politische Unzufriedenheit zurückführt. Die Ergebnisse zeigt Tabelle 8. Aus ihr lässt sich ablesen, dass auch die Wahl der PDS keineswegs Ausdruck einer unideologischen Protesthaltung ist. Vielmehr haben eine positive Bewertung des Sozialismus als Staatsidee und die Überzeugung, dass die DDR mehr gute als schlechte Seiten hatte, in beiden Regionen und zu allen Zeitpunkten einen stark positiven Einfluss auf die Wahrscheinlichkeit der PDS-Wahl bzw. deren Logit. Die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie hat hingegen nur 1994 in den neuen Ländern und 2002 in beiden Regionen einen signifikanten Effekt, der zudem in zwei von diesen drei Fällen (Bundestagswahl 2002 in Ost- und Westdeutschland) deutlich schwächer ist als die Wirkung der ideologischen Einstellungen.

Allerdings sollte der insgesamt große Einfluss dieser ideologischen Überzeugungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unterstützung für die PDS in den neuen Ländern generell sehr groß ist. So errechnet sich für eine ostdeutsche Wählerin mit den oben genannten Eigenschaften für die Wahl 2002 bereits bei einer neutralen Position gegenüber dem Sozialismus und einer mittleren Unzufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems eine Wahlwahrscheinlichkeit von knapp 20 Prozent für die PDS zu stimmen. Auch für solche Bürgerinnen, die dem Sozialismus neutral gegenüberstehen und mit dem Funktionieren der Demokratie höchst zufrieden sind, liegt die erwartete Wahrscheinlichkeit der PDS-Wahl immer noch bei zwölf Prozent. Nur in der (kleinen) Gruppe derer, die sowohl den Sozialismus stark ablehnen als auch in höchstem Maße zufrieden sind, ist die Wahl der PDS so gut wie ausgeschlossen.

Tabelle 9: Sozialstrukturelle Variablen, Bindungen an soziale Großgruppen, Antisemitismus, Bewertung des Nationalsozialismus, politische Unzufriedenheit, Ausländerfeindlichkeit, Ablehnung der Idee der Demokratie und die Wahl der extremen Rechten 1994-2002

	1994		1998		2002
	West	Ost	West	Ost	West
Männlich	1,20	2,63 <sup>a</sup>	0,91 <sup>a</sup>	1,19 <sup>a</sup>	0,89
Schulabschluss	-0,08	-0,90	0,06	-0,63	-0,97
18-29 Jahre	0,74	0,51	0,88	2,63 <sup>c</sup>	1,19
30-45 Jahre	0,47	0,28	1,25 <sup>b</sup>	0,33	1,06
Arbeiter (subjektiv)	0,14	-0,98	0,10	1,54 <sup>a</sup>	1,63
Kirchgangshäufigkeit	-0,50 <sup>a</sup>	-0,09	0,13	-0,19	-1,60 <sup>a</sup>
Gewerkschaftsmitglied	-1,73	0,47	-0,29	-0,07	0,93
Antisemitismus	0,04	0,67	0,02	0,49 <sup>a</sup>	-0,78
Pro-NS	0,89 <sup>b</sup>	0,51	0,32	0,31	1,24 <sup>a</sup>
Unzuf.: Demokratie	0,22	1,15 <sup>b</sup>	0,51 <sup>b</sup>	0,90 <sup>b</sup>	1,43 <sup>b</sup>
Ausländerfeindlichkeit	0,56	-0,04	0,62 <sup>b</sup>	0,87 <sup>a</sup>	0,47
Pro-Diktatur	0,44	0,25	0,25	0,55 <sup>a</sup>	0,71
Konstante	-10,39 <sup>c</sup>	-13,20 <sup>c</sup>	-9,99 <sup>c</sup>	-15,11 <sup>c</sup>	-15,46 <sup>c</sup>
N	1176	1335	1608	704	1509
McFadden's R <sup>2</sup>	0,44	0,30	0,20	0,46	0,63

Eingetragen sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten. Signifikanzen: a:  $p < 0,05$ ; b:  $p < 0,01$ ; c:  $p < 0,001$ .

Die Frage, inwieweit hinter der Unterstützung für die extreme Rechte und die PDS aber tatsächlich antidemokratische Einstellungen stehen, ist damit noch nicht beantwortet. In einem vorletzten Analyseschritt wurden die Modelle deshalb um ein Item erweitert, das prüfen soll, inwieweit die Bürger demokratische Normen und Werte verinnerlicht haben („Unter Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.“). Tabelle 9 zeigt das Ergebnis für die Wahlabsicht zugunsten von DVU, NPD und Republikanern. Erwartungsgemäß zeigt sich auch unter Kontrolle der übrigen Variablen ein positiver Effekt der antidemokratischen Neigungen auf die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl. Dieser erreicht aber nur in einem der fünf Fälle (neue Länder 1998) die Schwelle der statistischen Signifikanz. In den vier übrigen Kontexten lässt sich dieser Zusammenhang auf Grundlage der vorhandenen Daten nicht mit der notwendigen Sicherheit nachweisen.

Auf die Wahl der PDS schließlich hat die Ablehnung der Demokratie keinerlei Effekt. Für alle sechs Kontexte werden schwache Zusammenhänge geschätzt, die weit unterhalb der Schwelle der statistischen Signifikanz liegen (vgl. Tabelle 10).

Aus diesen Ergebnissen lässt sich jedoch keineswegs ableiten, dass sich unter den Wählern der Flügelparteien nicht ein höherer Anteil von Extremisten finden würde als in der übrigen Bevölkerung. Am einfachsten lässt sich dies nachvollziehen, indem man eine zustimmende oder stark zustimmende Antwort auf das Diktatur-Item als einen (zugegebenermaßen sehr groben) Indikator für extremistische Tendenzen betrachtet. Der Anteil derjenigen, die sich auf diese Weise als zweifelhafte Demokraten zu erkennen geben, liegt unter den Rechtswählern in den alten Ländern über alle Befragungswellen hinweg bei 41 Prozent; bei den westdeutschen PDS-Wählern werden immer noch 17 Prozent erreicht. Unter allen übrigen westdeutschen Befragten liegt die Zustimmungquote hingegen nur bei

sieben Prozent. In Ostdeutschland ergibt sich auf einem generell höheren Niveau ein im Grunde sehr ähnliches Bild: Hier stimmen 45 Prozent der Rechtswähler und 22 Prozent der PDS-Wähler dem Item zu; bei den übrigen Bürgern wird ein immer noch recht hoher Wert von 15 Prozent erreicht. Deutlichere Unterschiede zwischen Rechts- und PDS-Wählern zeigen sich allerdings, wenn nur eine stark zustimmende Antwort als Ausdruck einer extremistischen Gesinnung betrachtet wird. In diesem Fall liegen die entsprechenden Anteilswerte in Westdeutschland bei sechs bzw. zwei Prozent für die Wähler der PDS und die übrigen Befragten, während 22 Prozent der Rechtswähler sich für diese ausgeprägte Variante der Zustimmung entscheiden. Im Osten werden Werte von fünf Prozent, zwei Prozent und 17 Prozent erreicht.

Tabelle 10: Sozialstrukturelle Variablen, Bindungen an soziale Großgruppen, Bewertung der DDR und des Sozialismus, politische Unzufriedenheit, Ablehnung der Idee der Demokratie und die Wahl der PDS 1994-2005

	1994		1998		2002	
	West	Ost	West	Ost	West	Ost
Männlich	0,66	0,30	-0,82	-0,01	0,52	-0,79 <sup>b</sup>
Schulabschluss	2,25 <sup>a</sup>	0,73 <sup>c</sup>	1,31 <sup>c</sup>	0,85 <sup>c</sup>	1,20 <sup>c</sup>	0,10
18-29 Jahre	-0,76	-0,31	0,40	-0,52	-0,27	-0,32
30-45 Jahre	0,69	-0,53 <sup>b</sup>	0,37	-0,17	-0,95	-0,70 <sup>a</sup>
Arbeiter (subjektiv)	1,25	0,11	-0,23	0,61 <sup>a</sup>	1,05	-0,64 <sup>a</sup>
Kirchgangshäufigkeit	-0,32	-0,33 <sup>c</sup>	-0,18	-0,55 <sup>c</sup>	-0,51 <sup>a</sup>	-0,32 <sup>b</sup>
Gewerkschaftsmitglied	1,21	0,19	-0,13	0,72 <sup>a</sup>	0,64	0,94 <sup>b</sup>
Pro-DDR	1,04 <sup>a</sup>	0,76 <sup>c</sup>	0,94 <sup>c</sup>	0,95 <sup>c</sup>	1,45 <sup>c</sup>	0,88 <sup>c</sup>
Unzuf.: Demokratie	0,52	0,75 <sup>c</sup>	0,24	0,22	0,85 <sup>c</sup>	0,28 <sup>a</sup>
Pro-Diktatur	0,08	-0,07	0,27	-0,14	-0,37	0,07
Konstante	-13,42 <sup>c</sup>	-7,05 <sup>c</sup>	-9,14 <sup>c</sup>	-6,21 <sup>c</sup>	-11,20 <sup>c</sup>	-5,10 <sup>c</sup>
N	1206	1437	1664	757	1564	693
McFadden's R <sup>2</sup>	0,31	0,23	0,22	0,21	0,36	0,17

Eingetragen sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten. Signifikanzen: a:  $p < 0,05$ ; b:  $p < 0,01$ ; c:  $p < 0,001$ .

Abschließend wurde deshalb ein multinomiales Modell der Wahl von Flügelparteien im vereinten Deutschland geschätzt, das simultan die Wahl der extremen Rechten bzw. der PDS mit allen anderen Wahlentscheidungen kontrastiert (vgl. Tabelle 11).<sup>6</sup> Die Resultate bestätigen im wesentlichen die bisherigen Ergebnisse: Bezogen auf die Referenzgruppe erhöhen niedrige formale Bildung, ein geringes Lebensalter, rechtsextreme Einstellungen, die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie sowie eine skeptische Haltung gegenüber der Demokratie als Staatsform in beiden Regionen und zu allen Zeitpunkten hinweg die Wahrscheinlichkeit der Rechtswahl. Darüber hinaus können die Parteien der extremen Rechten immer noch als Männerparteien gelten. Die Wähler der PDS hingegen unterscheiden sich von der Referenzgruppe vor allem durch ihre hohe formale Bildung und ihre sehr positive Bewertung der DDR und des Sozialismus an sich sowie durch die Unzufriedenheit mit den Leistungen des politischen Systems. Extremistische Neigungen erhöhen

<sup>6</sup> Wegen der bekannten Fallzahlprobleme bei den Rechtswählern wurde für die neuen Länder 2002 kein Modell geschätzt.

hingegen nur zu einem Zeitpunkt, nämlich in den alten Ländern 1998, signifikant die Wahrscheinlichkeit, dass die Wahl der PDS den übrigen Wahlentscheidungen vorgezogen wird. Bemerkenswerterweise werden hier für den Effekt des Diktatur-Items auf die Rechtswahl bzw. die Wahl der PDS beinahe identische Werte geschätzt, während sich die Koeffizienten ansonsten stets mehr (Ostdeutschland 1998, alte Länder 2002) oder weniger (Westdeutschland 1994) deutlich unterscheiden.

Tabelle 11: Die Wahl der extremen Rechten und der PDS im Vergleich 1994-2002

	1994		1998		2002
	West	Ost	West	Ost	West
<b>Extreme Rechte<sup>d</sup></b>					
Männlich	1,05	3,06 <sup>a</sup>	0,91 <sup>a</sup>	1,36 <sup>a</sup>	0,89
Schulabschluss	-0,12	-1,02	0,08	-0,15	-1,29
18-29 Jahre	0,53	0,11	0,85	2,27 <sup>b</sup>	1,43
30-45 Jahre	0,59	0,20	1,21 <sup>b</sup>	0,27	1,45
Arbeiter (subjektiv)	0,26	-1,21	0,10	1,77 <sup>b</sup>	1,71
Kirchgangshäufigkeit	-0,52 <sup>a</sup>	-0,25	0,14	-0,26	-1,77 <sup>a</sup>
Gewerkschaftsmitglied	-1,64	0,77	-0,33	-0,27	0,68
Antisemitismus	0,12	0,73	0,05	0,55 <sup>a</sup>	-0,88
Pro-NS	1,05 <sup>b</sup>	0,52	0,27	0,46	1,39 <sup>a</sup>
Ausländerfeindlichkeit	0,47	-0,19	0,62 <sup>b</sup>	0,76 <sup>a</sup>	0,49
Pro-DDR	-0,51	-1,15 <sup>b</sup>	0,30	-0,76 <sup>a</sup>	-0,53
Unzuf.: Demokratie	0,25	1,69 <sup>c</sup>	0,51 <sup>b</sup>	1,14 <sup>c</sup>	1,52 <sup>b</sup>
Pro-Diktatur	0,42	0,75 <sup>a</sup>	0,18	0,68 <sup>b</sup>	0,97 <sup>a</sup>
Konstante	-9,43 <sup>c</sup>	-12,38 <sup>c</sup>	-10,56 <sup>c</sup>	-13,99 <sup>c</sup>	-15,32 <sup>c</sup>
<b>PDS</b>					
Männlich	0,71	0,33	-0,87	-0,11	0,56
Schulabschluss	1,95 <sup>a</sup>	0,46 <sup>c</sup>	1,06 <sup>a</sup>	0,82 <sup>c</sup>	0,87 <sup>a</sup>
18-29 Jahre	-0,87	-0,24	0,42	-0,20	-0,42
30-45 Jahre	0,66	-0,46 <sup>a</sup>	0,34	-0,07	-1,19
Arbeiter (subjektiv)	1,28	0,12	0,14	0,73 <sup>b</sup>	1,05
Kirchgangshäufigkeit	-0,24	-0,28 <sup>b</sup>	-0,14	-0,57 <sup>c</sup>	-0,45 <sup>a</sup>
Gewerkschaftsmitglied	1,18	0,16	-0,24	0,68 <sup>a</sup>	0,39
Antisemitismus	-0,04	-0,16	0,26	-0,09	-0,17
Pro-NS	-0,28	-0,21	-0,67	-0,15	-0,20
Ausländerfeindlichkeit	-0,36	-0,47 <sup>c</sup>	-0,46	-0,04	-0,30
Pro-DDR	1,12 <sup>a</sup>	0,81 <sup>c</sup>	1,03 <sup>c</sup>	1,01 <sup>c</sup>	1,52 <sup>c</sup>
Unzuf.: Demokratie	0,46	0,74 <sup>c</sup>	0,32	0,37 <sup>b</sup>	0,94 <sup>c</sup>
Pro-Diktatur	0,30	0,09	0,46 <sup>a</sup>	-0,07	-0,10
Konstante	-12,26 <sup>c</sup>	-5,48 <sup>c</sup>	-8,08 <sup>c</sup>	-6,46 <sup>c</sup>	-10,32 <sup>c</sup>
N	1168	1335	1593	702	1489
McFadden's R <sup>2</sup>	0,42	0,29	0,23	0,31	0,48

Eingetragen sind unstandardisierte logistische Regressionskoeffizienten. Signifikanzen: a:  $p < 0,05$ ; b:  $p < 0,01$ ; c:  $p < 0,001$ . d: DVU, NPD, Republikaner.

#### 4. Fazit

Gegenstand dieses Beitrages war die Frage, welche Faktoren die Wahl von Parteien, die sich am Rande des politischen Spektrums bewegen und im Verdacht des politischen Extremismus stehen, erklären können. Dabei hat sich gezeigt, dass die empirischen Befunde für die Bundestagswahlen von 1994 bis 2002 bzw. 2005 im wesentlichen die Ergebnisse aus den frühen 1990er Jahre bestätigen: Während das Niveau der Unterstützung für die Parteien der extremen Rechten insgesamt gesunken ist, werden diese Parteien in beiden Regionen vor allem von relativ jungen, geringqualifizierten Männern gewählt, die häufig rechtsextremen Einstellungen anhängen, mit der Performanz des politischen Systems unzufrieden sind und ein eher problematisches Verhältnis zur liberalen Demokratie haben. Die PDS hingegen stützt sich in den neuen Ländern vor allem auf einen Kern von älteren, formal sehr gut gebildeten Bürgern, die dem politischen System der früheren DDR und/oder der abstrakteren Idee des Sozialismus äußerst wohlwollend gegenüberstehen und mit den Leistungen der Politik eher unzufrieden sind, zugleich aber kaum im engeren Sinne extremistische Neigungen haben. Aussagen über die westdeutschen PDS-Wähler sind wegen der geringen Fallzahlen nach wie vor mit großen Unsicherheiten behaftet. Aufgrund der oben präsentierten Ergebnisse lässt sich aber festhalten, dass diese im Mittel ebenfalls eine hohe formale Bildung aufweisen, die frühere DDR bzw. die Idee des Sozialismus sehr positiv bewerten und mit der Performanz des politischen Systems eher unzufrieden sind.

#### Anhang

Daten zur Wahl 2005 (ZA-Nr. 4332)

*Demokratiezufriedenheit:*

„Und wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland funktioniert?“

(1) sehr unzufrieden; (2) ziemlich unzufrieden; (3) etwas unzufrieden; (4) etwas zufrieden; (5) ziemlich zufrieden; (6) sehr zufrieden.

*Wahlbeteiligung:* (1) gewählt; (2) nicht gewählt; (3) ungültig gewählt.

*Wahlabsicht (Zweitstimme):* (10) SPD; (11) CDU/CSU; (12) Bündnis 90/Die Grünen; (13) FDP; (14) Die Linke.PDS; (15) Republikaner; (16) NPD; (17) Graue; (18) Andere Partei; (19) ungültig gewählt.

*Geschlecht:* (1) Mann; (2) Frau.

*Geburtsjahr/Alter:* Erhebungsjahr – Geburtsjahr (=Lebensalter in Jahre).

*Kirchgangshäufigkeit:* (0) Nie; (1) Seltener als einmal im Jahr; (2) Einmal im Jahr; (3) Mehrmals im Jahr; (4) Mindestens einmal im Monat; (5) Einmal in der Woche; (6) Mehrmals in der Woche.

*Schulabschluss:* (1) noch Schüler(in); (2) Schule beendet ohne Abschluss; (3) Volks-/Hauptschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 8. oder 9. Klasse; (4) Mittlere Reife, Realschulabschluss bzw. Polytechnische Oberschule mit Abschluss 10. Klasse; (5) Abitur, EOS – Erweiterte Oberschule mit Abschluss 12. Klasse, Fachhochschulreife; (6) Abgeschlossenes Studium an Hoch- oder Fachhochschule, Universität, Polytechnikum.

*Mitgliedschaft/Amt in Gewerkschaft:* (1) Nein, kein Mitglied; (2) Ja, Mitglied ohne Funktion; (3) Ja, Mitglied mit Funktion.

*Schichtzugehörigkeit (subjektiv):* (1) Unterschicht; (2) Arbeiterschicht; (3) Mittelschicht; (4) Obere Mittelschicht; (5) Oberschicht.

*Region:* (0) West; (1) Ost.

Daten zur Wahl 2002:

*Demokratiezufriedenheit:* 5er-Skala von (1) sehr unzufrieden bis (5) sehr zufrieden  
„Wie zufrieden oder unzufrieden sind Sie – alles in allem – mit der Demokratie, so wie sie in Deutschland besteht?“

*Wahlabsicht (Zweitstimme, Vorwahl: Sonntagsfrage Nachwahl: Recall):* (1) CDU/CSU (1); (2) SPD; (3) FDP; (4) Bündnis 90/Grüne; (5) Republikaner; (6) PDS; (7) DVU [nur 1998]; (8) ÖDP [nur 1998 und 2002]; (9) Graue [nur 1998 und 2002]; (10) Statt Partei [nur 1998 und 2002]; (11) NPD [nur 1998 und 2002]; (12) Schill-Partei [nur 2002]; (13) andere Partei; (96) nicht gewählt, aber wahlberechtigt [nur 1998]; (97) nicht wahlberechtigt; (98) weiß nicht; (99) verweigert.

„Hier in diesem Block finden Sie eine Reihe von Aussagen, denen manche Leute zustimmen, die manche aber auch ablehnen. Wie ist das bei Ihnen? Verwenden Sie bitte wieder die Skala von -2 bis +2. -2 bedeutet, dass Sie dieser Meinung überhaupt nicht zustimmen, +2 bedeutet, dass Sie ihr voll und ganz zustimmen. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.“; 5er-Skala von (1) stimme überhaupt nicht zu bis (5) stimme voll und ganz zu.

*Pluralismus und Demokratie:* „Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.“

*Antisemitismus:*

„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen daher nicht so recht zu uns.“; „Auch heute noch ist der Einfluss von Juden zu groß.“

*Nationalsozialismus*

„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“; „Ohne die Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen.“

*Einstellungen gegenüber Ausländern:* „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maß überfremdet.“; „Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter ihren eigenen Landsleuten auswählen.“

*Sozialismus, DDR:*

„Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde.“; „Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten.“

*Mitgliedschaft Berufsvereinigung, Gewerkschaft* (nur 1994 kombiniert): (1) nein; (2) ja, nur Mitglied; (3) Mitglied und auch Amt; (9) Antwort verweigert.

*Mitgliedschaft Gewerkschaft* (nur 1998, 2002): (1) kein Mitglied; (2) Mitglied ohne Amt; (3) Mitglied mit Amt; (8) weiß nicht; (9) verweigert.

*Geburtsjahr/Alter:* Erhebungsjahr – Geburtsjahr (=Lebensalter in Jahre).

*Kirchgangshäufigkeit:* (1) nie; (2) höchstens einmal jährlich; (3) höchstens einmal monatlich; (4) mindestens einmal wöchentlich.

*Geschlecht:* (1) Mann; (2) Frau.

*Region/Wohnort:* (1) alte Bundesländern; (2) neue Bundesländer.

*Bildung/Schulabschluss:* (1) Volks-, Hauptschule, 8/9-klassige polytechnische Oberschule; (2) Realschule, 10-klassige polytechnische Oberschule; (3) Abitur, Fachhochschulreife; (4) Hochschulabschluss, Fachhochschulabschluss.

*Schichtzugehörigkeit (subjektiv):* (1) Arbeiterschicht; (2) Mittelschicht; (3) Oberschicht.

**Literatur**

- Arzheimer, Kai 2002: Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Arzheimer, Kai 2005: Die Wahl extremistischer Parteien. In: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.): Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 389-421.
- Arzheimer, Kai 2006: Berühren sich die Extreme? Ein empirischer Vergleich von Personen mit extrem linken und extrem rechten Einstellungen in Europa. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 253-281.

- Arzheimer, Kai/Klein, Markus 1997: Die Wähler der REP und der PDS in West- und Ostdeutschland. In: Backes, Uwe/Jesse, Eckhard (Hrsg.): Jahrbuch Extremismus und Demokratie. 9. Auflage. Baden-Baden: Nomos, 39-63.
- Arzheimer, Kai/Carter, Elisabeth 2006: Political Opportunity Structures and Right-Wing Extremist Party Success. *European Journal of Political Research* 45, 419-443.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald/Falter, Jürgen W. 2001: Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten. In: Stöss, Richard/Schubarth, Wilfried (Hrsg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz. Opladen: Leske+Budrich, 220-245.
- Backes, Uwe/Jesse, Eckhard 1996: Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. 4. Auflage. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Downs, Anthony 1957: *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper.
- Falter, Jürgen W. [unter Mitarbeit von Markus Klein] 1994: Wer wählt rechts? Die Wähler und Anhänger rechtsextremistischer Parteien im vereinigten Deutschland. München: Beck.
- Falter, Jürgen W./Klein, Markus 1994: Die Wähler der PDS bei der Bundestagswahl 1994. Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B51-52, 22-34.
- Falter, Jürgen W./Klein, Markus 1995: Zwischen Ideologie, Nostalgie und Protest. Die Wähler der PDS 1994. In: Hirscher, Gerhard (Hrsg.): *Parteiendemokratie zwischen Kontinuität und Wandel. Die deutschen Parteien nach den Wahlen 1994*. München: Hans-Seidel-Stiftung, 314-345.
- Jagodzinski, Wolfgang/Klein, Markus 1998: Interaktionseffekte in Logit-Modellen. Eine Stellungnahme zu Schumann/Hardt und Kühnel. *ZA-Information* 22, 116-118.
- King, Gary/Tomz, Michael/Wittenberg, Jason 2000: *Making the Most of Statistical Analysis. Improving Interpretation and Presentation*. *American Journal of Political Science* 44, 341-355.
- Klein, Markus/Falter, Jürgen W. 1996: Die Wähler der Republikaner zwischen sozialer Benachteiligung, rechtem Bekenntnis und rationalem Protest. In: Gabriel, Oscar W./Falter, Jürgen W. (Hrsg.): *Wahlen und politische Einstellungen in westlichen Demokratien*. Frankfurt/Bern: Peter Lang, 149-173.
- Lang, Jürgen P. 2003: *Ist die PDS eine demokratische Partei?* Baden-Baden: Nomos.
- Long, Scott J./Freese, Jeremy 2001: *Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata*. College Station: Stata Press.
- Moreau, Patrick 1998: Die PDS. Profil einer antidemokratischen Partei. Mit Beiträgen von Hermann Gleumes, Gerhard Hirscher, Peter Maser und Manfred Wilke. Grünwald: Atwerb.
- Pappi, Franz Urban 1990: Die Republikaner im Parteiensystem der Bundesrepublik. Protesterscheinung oder politische Alternative? In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 21, 37-44.
- Schumann, Siegfried 1998: Unzufriedenheit und Bindungslosigkeit als Ursache für die Neigung zur Wahl extremer Parteien und zur Stimmenthaltung. In: Kaase, Max/Klingemann, Hans-Dieter (Hrsg.): *Wahlen und Wähler. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1994*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 571-598.
- Schumann, Siegfried/Hardt, Jochen 1998: Rechtsextreme Einstellungen, Politikverdrossenheit und die Wahl der Republikaner. Zur Rolle von Interaktionseffekten in Logit-Modellen allgemein und in einem speziellen empirischen Fall. Eine Stellungnahme zu Wolfgang Jagodzinski und Markus Klein (1997). *ZA-Information* 22, 85-97.